

# Dresdner Volkszeitung

Postfachamt 2619, Aden & Comp., Nr. 20619.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: G. B. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4,50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Länder monatlich 7,25 M. Nr. 20619. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Wetzingerplatz 10, Tel. 25 201. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wetzingerplatz 10, Tel. 25 201. Veröffentlichung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 Spaltenreize (Zeile 1,5) M. Familienanzeigen 1,50 M., die 8 Spaltenreize (Zeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisveränderung 20 M.

Nr. 122

Dresden, Montag den 31. Mai 1920

| 31. Jahrg.

## Magnete der Blutopfer

Das deutsche Volk ist bekanntlich zum Zusammenbruch und Weibhuten getrieben worden, weil sich die Annerzionisten dem von der Sozialdemokratie geforderten rechtzeitigen Verständigungsfrieden mit Sünden und Büßen widersetzten und ihn mit allen Mitteln hintertrieben. Als Scheidemann das bekannte Wort prägte: „Was französisch ist, soll französisch, was belgisch ist, soll belgisch, was deutsch ist, soll deutsch bleiben“, brodie die Kreuzzeitung, man müsse Scheidemann „auf den Sandhaufen stellen“. Wegen den Verständigungsfrieden wurde dann von der Ludendorff'schen Klasse in den Jahren 1916/17 in mühevoller Weise gehetzt, bis dann am 1. Oktober 1918 Ludendorff selbst nach dem Verständigungsfrieden kriege — als er nicht mehr zu haben war, weil Deutschland alle Krämpfe verpielt hatte und die Niederlage klar zutage lag.

Der Verräther, an dem die mehrfach auftauchende Möglichkeit eines Verständigungsfriedens sich immer wieder geriet, war das Jahr verhalten der alldeutschen Eroberungspolitik an der offenen oder versteckten Annexion Belgiens. Ohne eine vorherige bedingungslose Freigabe Belgiens seitens Deutschlands war zu Verhandlungen nicht zu kommen. Das wollte jeder Volkstier in Deutschland, das mußte sogar Herr Michaelis, der als Vertrauensmann der Obersten Generalsektion Reichsfangler geworden war, denn er berichtete:

Am 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die so ferliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der persönlichen Integrität und der Souveränität Belgiens bereit sei. Nachdem der Kaiser die Vertreter der Arme und Marine aufgefordert hatte, ihre Ansichten vorzutragen, sprach sich der Chef des Auswärtigen Amtes aus, daß die sandriiche Klasse in deutscher Hand bleiben müsse.

Man würde jedoch schwer in der Annahme irren, wenn man glaubt, daß nur militärische Kreise und militärische Gründe hinter der Forderung auf Belgien standen. Viel höher und beharrlicher noch als die Militärs arbeitete die Schwerindustrie auf die Annexion Belgiens hin. Sie stellte ihre Millionen für die Annexionspropaganda zur Verfügung, die in der Angliederung Belgiens an Deutschland gipfelte. So heißt es in der Eingabe der sechs großen Wirtschaftsverbände (darunter Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen und Bund der Landwirte) vom Frühjahr 1915 wörtlich:

Belgien muß wegen der notwendigen Sicherung unserer Seegänge, wegen unserer militärischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge gegenüber England und wegen des engen Zusammenhanges des wirtschaftlich so bedeutenden Gebietes mit unserm Hauptindustriengebiet, militär und politisch sowie hinsichtlich des Wäns, Bank- und Postwesens der deutschen Reichsregierung unterstellt werden. Eisenbahnen und Wasserstraßen sind unserm Verkehrswesen einzugliedern.

Herr Stresemann, der berufliche Vertreter schwerindustrieller Interessen, jetzt Führer der Deutschen Volkspartei, sprach am 8. Juni 1915 in Frankfurt a. M.:

... Für das, was der König von Bayern auf dem Nationalversammlung in Würzburg ausgesprochen hat, müssen wir ihm danken. Es muß ein Ruf kommen durchs deutsche Volk gehen, daß ein deutscher Bundesrat es ausgesprochen hat, daß wir den neuen Weg zum Meer, den wir uns erkämpft haben, uns nicht mehr nehmen lassen wollen.

Derselbe Stresemann führte am 6. April 1916 im Reichstag aus:

Soll Belgien nicht wieder ein Staat für unsre Feinde werden? Es muß nicht nur der Status quo ante (der Zustand, wie er war, ausgeschlossen sein, sondern die militärische, politische und wirtschaftliche Übergabe Deutschlands muß gewährleistet sein.

Welches waren die Gründe, aus denen die Schwerindustrie sich mit aller Macht auf Belgien stürzte? Wir wollen hier nicht alle Gründe erörtern, aber einen der wichtigsten erinnern, wir uns, daß der Hauptgeldgeber und eigentliche Hintermann der von Stresemann geführten Deutschen Volkspartei, der rheinische Großindustrielle Hugo Stinnes ist, den die Deutsche Volkspartei als den wirklichen Lenker ihrer Politik denn auch an hervorragender Stelle auf ihre Reichsliste gesetzt hat.

Für Herrn Hugo Stinnes aber bedeutete die Annexion Belgiens ein Geschäft von vielen Hundert Millionen. Bei der sogenannten Liquidation belgischer Werke durch die deutsche Okkupationsverwaltung, die eine Verwertungsmaßregel sein sollte, in Wirklichkeit aber ein großzügiges Gewinnunternehmen für die deutsche Schwerindustrie war, hatte Herr Hugo Stinnes einen Riesenschatz von belgischen Kohlenfeldern, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken, Schiffen und Werften usw. für ein Spottgeld erworben. Er war der Gründer und geistige Leiter der drei Essener Gesellschaften, in denen sich die rheinisch-westfälische Schwerindustrie zusammengetan hatte, um lästige Nebenwerke und Konkurrenzunternehmen von diesem Riesenschatz auszuschließen. Die drei Essener Gesellschaften besaßen tatsächlich ein Monopol auf den Erwerb der belgischen Industrieanlagen. Die Hauptbeteiligten waren Stinnes, von Haniel und Krupp. Sie teilten sich in den belgischen Raub, sie kauften unter Ausschluß der Konkurrenz zu billigen Preisen die großen Industrieobjekte, dabei ließen sie nicht einmal ein Mistlo für den Fall des Verlustes des Krieges, denn der Kaufpreis wurde in Berlin bei der preussischen Behandlung deponiert und sollte erst nach Friedensschluß gezahlt werden.

Aber der Gewinn des Unternehmens war natürlich nicht zu realisieren, wenn Belgien Deutschland unterstellt blieb, denn nur dann konnten die Liquidationen rechtlich werden. Für Stinnes und Genossen bedeutet die Annexion Belgiens einen Milliarden Gewinn, wie er in der

## Sechs Tage vor der Entscheidung!

### Der Feind des Kleinhandwerks

Wo der Feind des selbständigen Handwerkers steht, darüber schreibt uns ein alter Handwerksmeister das folgende: In allen bürgerlichen Zeitungen sowie in Tageszeitungen erscheinen tagtäglich lange Abhandlungen, daß der Handwerker bei der bevorstehenden Wahl nur einen Handwerker wählen könne, oder doch einen solchen Kandidaten, die dargeben, das Handwerk bedürftig zu sein. Wer sind diese Herren? Es sind in der Hauptsache Emporkömmlinge des Handwerks, die die Sorgen und Sorgen des Kleinhandwerkers nicht kennen oder, besser gesagt, nicht kennen wollen. Es ist Tatsache, daß jeder Handwerker, der sich durch verdienstliche Arbeit zu einer gewissen Stellung emporgearbeitet hat, das Bestreben in sich trägt, sich selbstständig zu betätigen. Er wird sich mit Hilfe seiner erworbenen Mittel Menschen zusetzen, seine Verhältnisse verbessern und dadurch verdienen, Leistungen höher zu werden, und dieser so, seinen Leben Voraussetzungen genau dieselbe Konkurrenz, als irgendein anderer Arbeiter.

Das Märchen, die alte Regierung hätte dem Handwerk freundlich gegenüberstanden als die gegenwärtige Regierung, ist unrichtig. Die alte Regierung kaufte dem Handwerk immer große Mittelhandwerksfreundlichkeit vor, konnte dabei aber absolut nichts dagegen tun, daß das Kleinhandwerk von dem Großkapital immer mehr erdrückt wurde. Weil die heutige Regierung dem Handwerker nicht goldene Berge verspricht, gilt sie als handwerkfeindlich. Es wird ihr dabei von gewisser Seite Schand und Brand angedreht.

Wer aber heute verspricht, durch irgendwelche Gesetze oder Palliativmaßnahmen dem Handwerker helfen zu wollen, der läßt offen und bewußt. Es gibt nur ein Mittel in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, das Handwerk leistungsfähig und stark zu erhalten, das ist der genossenschaftliche Zusammenschluß. Die gegenwärtige Regierung ist dem Genossenschaftswesen durchaus freundlich gesinnt, aber die wohlhabenden Handwerker und Gewerbetreibenden hielten sich dagegen. Gemeinamer Einkauf und Produktion ist das Mittel, um dem Handwerker in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung über Wasser zu halten. Der Handwerker hat neben dem Feind wie der Arbeiter, den Kapitalismus. Deshalb müssen wir Handwerker und mit den denkenden Arbeitern solidarisch erklären und am 6. Juni die Liste Buß, Schmidt, Luze wählen, denn der Feind des Handwerks steht rechts.

### Die Söhne der Schwerindustrie

In Hamburg ließ die Deutsche Volkspartei wieder einmal das Freigeistertum leuchten, das die ganze Vorkriegszeit dieses Parteigebildes charakterisiert: Herr von Kardoff, den ehemaligen Konterwahlen, Herr Dr. Wiemer, den Fortschrittlermann auf Abbruch, und Herr Stresemann, der schon immer vorhanden hat, sich auf der „mittleren Linie“ als politische Quäntchenmolche hochzubereiten.

Stresemann machte interessante Ausführungen über das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zur Schwerindustrie. Er jagte:

Wir haben uns nicht zu entscheiden, daß Schwerindustrie links und wir rechts. Wir sind bedauerlich nicht die Partei der Schwerindustrie. Wir verneinen nicht, daß uns von ihnen Mittel für den Wahlkampf zuströmen, aber besser von ihnen, als aus Standmitteln.

Wenn Stresemann mit den letzten Worten hat andeuten wollen, daß den jetzigen Regierungsparteien für den Wahlkampf staatliche Mittel zuströmen, so hat er halt — die Unwahrheit gesagt! Wertvoll aber bleibt sein Augenmerk.

## Werbt für die Liste Buß, Schmidt, Frau Luze!

Weltgeschichte kaum selbsterleuchtend gehabt hätte. Damit Stinnes und Genossen dieser Milliarden Gewinn nicht entging, wurde das Volk immer von neuem in den Krieg getrieben, mußten noch Millionen Tote fallen, mußten dadurch 60 Millionen hungern und darben, an Grippe und Unterernährung sterben, mußten Frauen ihre Männer, Mütter ihre Söhne verlieren, mußte Deutschland in das fürchterliche Chaos der Niederlage hineingerannt werden! Best aber sagt man diesem armen Volk, das für Herrn Stinnes Milliarden Unsägliches gelitten hat, mit grinsender Frage: Ihr Schlappschwänze, warum habt ihr nicht noch ein paar Jahre ausgehalten, es wäre ein so schönes Geschäft für uns gewesen.

Herr Stinnes und seiner Deutschen Volkspartei, die sich Partei des Wiederaufbaues“ schimpft, verbannt das deutsche Volk den entsetzlichen aller Zusammenbrüche — für ihre Milliarden mußte es verbluten. Wähler, denkt daran!

### Der drohende Rechtsputsch

Der Redaktion des Vorwärts und verschiedenen amtlichen Stellen ist in den letzten Tagen so unerwartetes und schwerwiegendes Material über die Vorbereitung eines neuen Militärputsches zugegangen, daß man an dem Ernst der verbrecherischen Absichten und an der Größe der Gefahr nicht mehr zweifeln kann. Will man sich nicht selber etwas vormachen, so muß man den Mut haben, zuzugeben, daß nicht nur die Urheber des Kapp-Putsch sich noch frei bewegen können, sondern daß auch die Vorbereiter des neuen Unternehmens an heiligem Tage so arbeiten können, als gäbe es überhaupt keine Gefahr und keine Staatsgewalt, die deren Ausführung überwacht. So konnte der auf schwerste belastete Führer des Frontbundes Hauptmann v. Wesser nicht nur in Berlin eine Versammlung abhalten, die von einem Vertreter des Reichswehrministeriums höchst wohlwollend „überwacht“ wurde, er konnte sogar nach getanem Werk seine Propagandareise nach Estlin ungestört fortsetzen.

daß die Deutsche Volkspartei ihren Wahlkampf auf die Mittel der Schwerindustrie — und wir fügen hinzu: allein auf die Mittel der Schwerindustrie — gründet. Es würde Herr Stresemann auch schwer werden, diese Tatsache zu verneinen, denn Herr Stinnes würde nicht an jeder Stelle auf der Reichsliste der Deutschen Volkspartei stehen, wenn er nicht das Wortemonaie der Partei wäre. Ihm ist gelungen, was der Direktor der Spiritusinteressenten sich durch allzu große Offenherzigkeit verhasst hat: nämlich sich durch Erlangung der Wahlkosten ein hohes Mandat der Deutschen Volkspartei zu erkauen.

### Verplappert

Das B. L. hatte geschrieben, daß der Ruf der Rechtsblockwähler zwischen dem 28. und 31. Mai erwartet werde. In Wirklichkeit schreibt dazu die Deutsche Tageszeitung:

Tatsache ist, daß kein Kandidat den Losbruch des Putsches so früh erwartet. Die ganze Frage ist, ob die Kommunisten noch vor den Wahlen loschlagen wollen oder erst nach dem Wuchtag.

Nun ja, das denkt sich ja genau mit dem, was der Vorwärts vor einigen Tagen als Plan der Rechtsblockwähler enthielt, daß diese nämlich ihr Loschlagen abhängig machen wollten von dem Ausbruch des von ihnen erwarteten und gestörten linksblockwählerischen Putsches. Wenn die Deutsche Tageszeitung nur darüber entsetzt ist, daß das B. L. für den ganzen Kummel einen früheren Termin angibt als ihn die Rechtsblockwähler in Rechnung gestellt haben, so weiß man ja nun zur Genüge, woran man ist.

### Planlose Wirtschaft

Gerade jetzt müssen wir erleben, daß trotz dem gewaltigen Bedarfe an Gütern allerorts die Fabriken geschlossen werden und taujende fleißige Hände ideln. Was die jetzige Krise eine Folge des Krieges sein, auch vor dem Kriege wurde unser Wirtschaftsleben aller paar Jahre durch eine Krise erschüttert. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird eben planlos gewirtschaftet. Jeder Unternehmer arbeitet darauflos, getrieben von dem Streben nach Profit, meist ohne zu wissen, was der andre tut. So werden Waren erzeugt, die nicht gebraucht werden und Güter nicht erzeugt, nach denen ein Bedarf ist. So wird unser wirtschaftlicher Kreislauf immer wieder gestört. Auf der einen Seite

#### unverkäufliche Waren,

auf der andern Seite viele Tausende, die, weil sie arbeitslos sind, auch das Notwendigste nicht kaufen können. Der Sozialismus will durch die

#### Vergesellschaftung der Produktionsmittel

die Herrschaft über die Gütererzeugung der Gesamtheit in die Hände geben, damit nach einem einheitlichen Plan gewirtschaftet, die jetzt durch Krisen entstehenden Verluste vermieden, Rot und Elend gebannt werden können. Deshalb muß der 6. Juni werden:

### ein Siegestag der Sozialdemokratie!

In enger Verbindung mit den putschistischen Treiben des Frontbundes steht das gleichgerichtete Verhalten des Nationalverbandes Deutscher Offiziere. Dieser Verband hat nach Mitteilungen des Vorwärts am 27. Mai — wieder in Anwesenheit eines Herrn vom Reichswehrministerium — unter Beisein zahlreicher Generale und Obersten a. D. eine Versammlung abgehalten, in der die Organisierung von Offizierskompanien beschlossen wurde. Als Vorwand zu diesem Beschluß dient die bekonnene schon in allen Tonarten abgeleitete Behauptung vom bevorstehenden eines kommunistischen Putsches.

Die Verteidiger seiner Offiziersverbände können nun einwenden, die Offiziere wollten sich ja nur der verfassungsmäßigen Regierung für den Fall eines Putsches zur Verfügung stellen, und dies sei ein durchaus löbliches Beginnen. Aber das ist gerade der springende Punkt. Von Schutz der Verfassung, von Unterstellung unter die Befehle der Regierung ist nicht entfernt die Rede. Vielmehr soll die Mobilmachung vor sich gehen, wenn von einer amtlichen Stelle die Aufforderung erteilt oder die Umstände es geboten erscheinen lassen.

Die militärische Putschzentrale wird dem Befehl zur Mobilmachung für den Bürgerkrieg unter dem Vorwand erteilt, es gebe eine drohende oder schon ausgebrochene kommunistische Bewegung niederzuschlagen. Von dieser kommunistischen Bewegung weiß die deutsche nationale und deutsch-volksparteiliche Presse, die wieder mit von der Partei ist, jeden Tag das Genaueste zu berichten, obwohl nicht nur die Zentrale der R. V. D., sondern auch die des R.-A.-V.-D. Gruppens in der bekanntesten Form erklärt haben, es lägen ihnen alle Putschabsichten zur Zeit fern, und obwohl sich im ganzen Lande nichts gerührt hat, abgesehen von dem Bankraub in Sangerhausen, der nachgemischtemarran von einem weiblichen Soldaten der Militärputschisten arrangiert worden ist.

Ueber den Ernst dieser Pläne der putschistischen Offiziere kann man sich also gar keinem Zweifel hingeben.



Montag, den 31. Mai 1920

Für ihre Ausführung spricht der Umstand, daß die Leute, die hinter ihnen stehen, nichts mehr zu verlieren haben und weil ihre Geldmittel nicht ewig reichen, auf baldiges Loskommen specks Erwerbungen der Reichskassen hindrängen müssen.

Trotz dem zweifelhaften Erfolg des Streiks, der sich im ersten Stadium befindet, ist die soziale Bewegung in der Arbeiterklasse nicht erloschen, und das zeigt die sozialdemokratische Presse durch ihre Aufdeckung der Verschwörung des Herrn Kapp.

Die Disziplin und Gehorsamkeit der Arbeiterklasse vermag wahrscheinlich den zweiten Militärputsch schon im Keime zu ersticken.

Eine Erklärung der Berliner Regimentskommandeure

Berlin, 30. Mai. Das Reichswehrministerium teilt mit: Aus Anlaß der zahlreichen Forderungen erschienen heute die Kommandeure der Garnisonen von Groß-Berlin beim Reichswehrminister und legten ihm folgende Erklärung vor:

Wir unterschreiben Kommandeure der Garnisonen von Groß-Berlin geben hiermit dem Herrn Reichswehrminister die folgende Erklärung ab, daß wir und die uns unterstellten Truppenteile bedingungslos hinter die verfassungsmäßige Regierung stehen und daß wir mit unsern Truppen bereit sind, die Verfassung gegen jeden gewaltsamen Anstoß, sowie er von rechts oder links, wenn es sein muß auch mit den Waffen zu schützen.

Der Reichswehrminister erwiderte darauf: Wir betrachten die Erklärung als einen Beweis für die Treue der Soldaten und die Ruhe und Zuversicht entgegen zu sehen können.

Der Reichspräsident nahm diese Erklärung mit Dank und Befriedigung entgegen.

Strafandrohungen gegen die wilden Freikorps

Berlin, 30. Mai. Da sich in der letzten Zeit Bestrebungen bemerkbar gemacht haben, die entlassenen oder zur Entlassung bestimmten Angehörigen der Freikorps oder ähnlicher Formationen zusammenzuschließen, um der Aufsicht Widerstand zu leisten, hat der Reichspräsident am Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die die Aufforderung an frühere oder derzeitige Angehörige der Freikorps zu vereintem Ungehorsam oder gewaltsamem Widerstand gegen Anordnungen der zuständigen Dienststellen, insbesondere gegen Anordnungen über Auflösung, Herabsetzung und Umgliederung der bestehenden Verbände oder der Widerstand gegen solche Anordnungen, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnisstrafe bedroht wird.

Der Frontbund leugnet

Berlin, 30. Mai. Der Frontbund veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt, der Frontbund sei eine rein wirtschaftliche Berufsorganisation und beschäftige sich nur mit sozialen Interessen innerhalb der Reichswehr, nicht mit Politik, und empfinde es bitter, daß seine stille, ernste Organisationsarbeit zu Behauptung missbraucht worden sei.

Die weislichen Bestrebungen

Berlin, 30. Mai. Staatsminister Weisemann erklärt zu den Nachrichten über die weisliche Bewegung in Hannover: Daß die deutsch-hannoversche Bewegung (Weisbewegung) mit großer Hartnäckigkeit ihr Ziel, die Restrukturierung von Preußen, verfolgt, war und ist der Regierung bekannt. Es wird auch nicht daran gezweifelt, daß die Führer der Bewegung gegebenenfalls nicht vor Gewaltmaßnahmen zurückzusehen werden, um ihre Pläne auszuführen.

Begnabigungen

Berlin, 30. Mai. Nach den von den Kommissaren der Reichsregierung im Ruhrgebiet getroffenen Feststellungen ist die Zahl der wegen Beteiligung an den Währungsruhen verurteilten Personen beträchtlich zurückgegangen. In Bielefeld ist die Gesamtzahl der Untersuchungsangehörigen von etwa 700 auf 248, in Dortmund von etwa 200 auf 50 zurückgegangen.

Die bestrafte Raubgier

Das Unternehmen Polens gegen Rußland ist schließlich gescheitert. Winkt wird von den roten Truppen beschossen, in die polnische Regierung fürchtet sogar für Warschau, daß sie in Verteidigungszustand setzen läßt. Anschläge in der Stadt besagen, die Heimat sei in Gefahr, verschwiegen wird natürlich, daß es ja die polnischen Imperialisten selber waren, die dem Lande die Volkswirtschaft auf den Kopf luden.

Der Berliner Sowjetgelehrte Viktor Kopp betont in Deutscher Allg. Ztg. die absolute friedliche Haltung Sowjet-Rußlands gegenüber Deutschland.

Auch die Tschechoslowaken leiden unter Polens Vandalen und fordern Abhilfe. Nach einer Meldung des tschechoslowakischen Pressebureaus wurde in einer Volksversammlung wegen den polnischen Terror aus Anlaß der bevorstehenden Volksabstimmung in Leigen, Lips und Krva stürmischer Einbruch erhoben.

Die Verlamung forderte in einer Entscheidung, daß die Regierung um die Ernennung einer neuen internationalen Plebiszitkommission ersucht und den Völkervertrag den Obersten Rat aufzuleben, unverzüglich eine Untersuchungskommission zu entsenden.

Abschied der Senegaleser

Mai, 30. Mai. Der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee erklärte in einem Tagesbefehl an die senegalesische Brigade, die jetzt die Rheinarmee verläßt, die Truppe habe sich im besetzten Gebiet die Sympathie aller Einwohner erworben.

Sowjetgold an England?

Der Londoner Telegraphen meldet, daß ein metallischer Nachdruck gegeben zu werden. Nach einer neueren Meldung aus dem Londoner Telegraphen, daß ein neuer Nachdruck gegeben zu werden, wonach 11.000.000 Goldmarken in England und 10.000.000 Goldmarken in den französischen Kolonien ankommen sollen.

Der ungarische Friedensvertrag

Budapest, 30. Mai. Graf Albert Apponyi veröffentlicht einen Aufruf, worin er sagt, die Regierung befindet sich in einer Zwangslage und müsse den Friedensvertrag unterfertigen, wenn sie erhielt positive Informationen, daß eine neue Friederweiterung von dem Verband nicht gemindert würde.

Die Türkei fordert Aufschub

Paris, 30. Mai. Die türkische Friedensdelegation hat in einer Note eine Verlängerung der Frist bis zum 11. Juli nachgeholt, um Gegenbemerkungen zu den Friedensvorschlägen zu machen.

Vormarsch der Griechen

Athen, 30. Mai. Starke griechische Streitkräfte haben Debeagadisch und Kilmüschina ohne Zwischenfall besetzt. Wegen der bulgarischen Grenze sind starke Truppenteile mit Amara, Andre Truppen sind bei Sterdsheli mit Komitafschis und bulgarischen Truppen zusammengekommen.

Wilson's Veto giltig

Washington, 30. Mai. Die Bemühungen, Präsident Wilsons Veto gegen die Friedensresolution der Republikaner unter Wirt zu machen, sind gescheitert.

Millerands Sieg in der Kammer

Die aus Paris gemeldet wird, ist in der Kammer, nachdem die Interpellation über die finanziellen Manöver des Friedensvertrages und über die Verhandlungen in Dyphe beendet waren, das Vertrauensvotum, das Millerand gefordert hatte, mit 501 gegen 65 Stimmen angenommen worden.

Reichsfiedlertag in Dresden

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Sieblungsstellen, die die Reichsorganisation der großen Sieblungsstellen und -berufungsstellen darstellt, hat in der Erkenntnis, daß durch das blühende planmäßige Gegenüberarbeiten der einzelnen Behörden und Sieblungsstellen, die dem Sebler und dem nach eigener Wahl Sieblenden mehr geschadet als genutzt wird, nach Dresden einen Reichsfiedlertag einberufen.

Die Verhandlungen, denen Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden teilnahmen, begannen am Vormittag und wurden von den Vorsitzenden des Berliner Sieblungsverbandes, Buchholz, mit einer Feststellungsbeschlusse eröffnet, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Tagung gute Erfolge zu bringen würde.

Nachdem nun für die Arbeitgemeinschaft für Sieblungsstellen der Sachverständigenrat in Dresden gebildet wurde, wurde in die

Die Kammer ist der Ansicht, daß der Vertrag von Versailles die völlige Wiedergutmachung der an Frankreich und England verübten Verbrechen darstellt.

Am Schluß der Rede, die dem Vertrauensvotum vorausging, nannte Millerand als Frankreichs Forderung 20 bis 210 Milliarden Goldmarken. Er sprach von den verschiedenen Sieblungsmethoden, die in Vordring gebracht seien, und betonte dann, daß Frankreich und die Alliierten, wie in der Kammer ausdrücklich betont worden sei, nicht von ihren Forderungen, namentlich von den besetzten deutschen Gebieten, etwas aufgeben wollten.

Clemenceaus falsche Politik

Genf, 31. Mai. In der französischen Presse liegen ausläßliche Berichte und verschiedene Mitteilungen über die letzte Sitzung der Versammlung der Völkerbundstaaten, die die letzte Sitzung der Versammlung der Völkerbundstaaten, die die letzte Sitzung der Versammlung der Völkerbundstaaten war.

Deutsches Reich

Die koalitionsflüsternden Volksparteier

Sur Frage, ob die Deutsche Volkspartei gegebenenfalls nach der Wahl einer erweiterten Regierungskoalition beitreten werde, hat sich der Abgeordnete Dr. Hildebrandt, der für die Zeit nach den Wahlen die Deutsche Volkspartei sich freie Hand vorbehalten habe, in der Sitzung des Reichstages geäußert.

Reichsfiedlertag in Dresden

Beteiligung der reichhaltigen und wichtigen Tagungsbereitung eingeleitet. Zum Auftakt sprach Geh. Hofrat Professor Dr. Ermann, Mitglied des Reichsstatistikamtes.

Reichsfiedlertag in Dresden

Er begründete als Zweck des Tages die Umfließung der Produktion und Konsumtion der Volkswirtschaft. Die Wirtschaftsklassen dürfen nicht wieder als 'Kulturkassen' in aller Welt betreten gehen, sondern müssen mit Hilfe der Sieblungsstellen im Zusammenhang mit dem Lande gebracht werden.







# Trachenberge-Pieschen Heute Montag, abends 8 Uhr, Frauen-Versammlung

im Deutschen Haus, Großenhainer Str. Die Frauen und die Reichstagswahl. Freie Aussprache.

Dr. med. Deppe und E. Matthäus

## Spartafest Gittersee.

Morgen Sonntag abends 7-11 Uhr im Deutschen Haus. Eintritt frei. Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Spartafest Mühlau

Zusätzliche Veranstaltung der Gittersee mit 3 1/2 Proz. Zins. Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Stadtspartafest Rabenau

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Stadtspartafest Rabenau

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Das Leitamt der Stadt Dresden

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Der Wilhelm Schumann

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Zeugen gesucht.

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Geheimrat (Kriegsbeschädigter)

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Steinholzer

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Frische Seefische billiger!

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Kabljan

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Seelachs, Schellfisch

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Im Rauch der Sinne

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Vaterland

Programm: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Wahl-Versammlung

in der Walfalla, Freiburger Straße.

## Robert Grösch u. Frau Dr. Stegmann.

## Eisenberg-Moritzburg.

## Wähler-Versammlung

in Lindengarten.

## 4. Kreis :: Bezirk Weißig.

## Versammlung

## DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND

## DRESDEN UND UMGEGEND

BOZENSCHEN 20 FERNRUF: 15079

## Heizungs-Monteurs, Gas- und Wasser-Instalateure, Klempner und Selder.

## Gemeinschaftliche Branchenversammlung

1. Tag Ergebnis der Verhandlung. 2. Aufre Stellungnahme hierzu.

## Vornehmer Ball.

Telefon: 11111

## Volkswohl-Theater

11111

## Ball-Anzeiger

11111

## Carolegarten

## Deutsche Reichsbahn

## Schaubühne

## Stadt Leipzig

## Zentralhalle

## Goldenes Lamm

## Hammer Hotel

## Musenhalle

## Vaterland

## Sicht-Spiele

## Im Rauch der Sinne

## Warnung für die Hausfrauen!

Schokolade und Kakao dürfen nur verpackt mit Firma und Preisdruck verkauft werden.

Wer dies mißachtet und lose Ware kauft, läuft Gefahr, verfälschte oder minderwertige Ware zu erhalten.

Verband Deutscher Schokoladefabrikanten / E. V.

## Chemnitzer Bank-Verein Dresden

Prager Straße 27

Depositenkassen: in Dauben, Dresdner Straße 28

in Löbtau, Gröbelstraße 14

Erlidigung aller bankmäßigen Geschäfte

Vorteilhafte Verzinsung von Spareinlagen

## Grosse Wirtschaft

Täglich Konzerte

## Paradiesgarten

Feiner öffentl. Ball

## M. S. Lichtspiele

Moritzstr. 10.

## Eva May

Die Fee von St. Menard

Das Stiftungsfest in Trippstrill

Köstliches Lustspiel in 2 Akten.

## la Hagerfloden, Pfd. 3.90 M.

Speisekartoffeln

## Möbel

## Leder

## la Molkeneiweiß, Pfd. 2.80

## Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei

## Geschäftsbücher

## Sofort lieferbar

## Mutter

## Warnung für die Hausfrauen!

Schokolade und Kakao dürfen nur verpackt mit Firma und Preisdruck verkauft werden.

Wer dies mißachtet und lose Ware kauft, läuft Gefahr, verfälschte oder minderwertige Ware zu erhalten.

Verband Deutscher Schokoladefabrikanten / E. V.

## Warnung für die Hausfrauen!

Schokolade und Kakao dürfen nur verpackt mit Firma und Preisdruck verkauft werden.

Wer dies mißachtet und lose Ware kauft, läuft Gefahr, verfälschte oder minderwertige Ware zu erhalten.

Verband Deutscher Schokoladefabrikanten / E. V.

## Warnung für die Hausfrauen!

Schokolade und Kakao dürfen nur verpackt mit Firma und Preisdruck verkauft werden.

Wer dies mißachtet und lose Ware kauft, läuft Gefahr, verfälschte oder minderwertige Ware zu erhalten.

Verband Deutscher Schokoladefabrikanten / E. V.

## Warnung für die Hausfrauen!

Schokolade und Kakao dürfen nur verpackt mit Firma und Preisdruck verkauft werden.

Wer dies mißachtet und lose Ware kauft, läuft Gefahr, verfälschte oder minderwertige Ware zu erhalten.

Verband Deutscher Schokoladefabrikanten / E. V.



### Krankenkassen und Ärzte

Zu dem Streite zwischen Krankenkassen und Ärzten sind wir geschrieben:

Wieder sind in der letzten Zeit durch die Tagesblätter Berichte ergangen, daß zwischen den Ärzten und den Krankenkassen Streitigkeiten entstanden sind, die die Abgrenzung in sich bergen, daß die ärztliche Versorgung der Mitglieder der Krankenkassen gefährdet erscheine. Da unter den Berichtenden leicht die Meinung entstehen könnte, daß die Krankenkassen nicht alles tun, was eine Sicherstellung ihrer Mitglieder in dieser Beziehung betrifft, so sei auf folgende Punkte hingewiesen.

Durch ein Abkommen der Ärzteverbände mit den Hauptverbänden der Krankenkassen sind unter dem 22. Dezember 1918 Grundlagen geschaffen worden, die jederzeit in Verhandlung zwischen Ärzten und Krankenkassen hinsichtlich Zulassungs-, Anstellungs- und Honorarbedingungen möglich sind. Auf Grund dieses Abkommens ist auch unter dem 9. Dezember 1919 ein Tarifabkommen zustande gekommen. Nach diesem sind ab 1. Januar 1920 die Honorare neu geregelt und die Krankenkassen haben den Ärzten die nach diesem Tarif erhöhten Vergütungen gewährt und die Beiträge zu festgelegt. Bereits unter dem 17. Februar dieses Jahres erließen jedoch die Ärzte kategorisch auf die im Dezember 1919 festgesetzten Tarife einen 50prozentigen Aufschlag, ohne sich in Verhandlungen darüber einzulassen. Verschiedene Angebote der Kassenverbände wurden abgelehnt, in einzelnen Orten verweigerten die Ärzte die Tätigkeit für die Krankenkassen und traten damit in den Streit.

Eine besondere Veranlassung zu ihrem Verhalten glauben nun die Ärzte vor allem in der Verordnung vom 1. April dieses Jahres über Berechnung der Grundlöhne und Erweiterung der Versicherungsgrenze zu erblicken und zu teilen den Kassenverbänden mit, daß damit die Grundlagen zu dem Abkommen von 1918 und dem Tarifabkommen von 1919 beseitigt seien. Sie erblickten aber durch diese Verordnung auch Grund genug, wonach sie gemäß des § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Austritt von bestehenden Verträgen ohne weiteres berechtigt sind. Damit haben sie einen allgemeinen Kassenarztefreistreich ohne jeden Versuch vorheriger Verhandlung und ohne überhaupt Forderungen zu stellen, angebahnt. Inwieweit dieses Vorgehen der Ärzte berechtigt erscheint, mag durch folgendes festgelegt sein.

Der eigentliche unerkennbare Grund zu dem Verhalten der Ärzte bietet das Bestreben, die freie Arztpraxis einzuführen, die eigentlichen Honorarforderungen kommen dabei erst in zweiter Linie in Betracht. Die Ärzte schienen, gestützt auf die Verordnung vom 1. April dieses Jahres, an, daß sie durch die Erweiterung der Versicherungsgrenze ihre Privatpraxis zum überwiegenden Teil einbüßen. Dazu muß gesagt werden, daß dies nach bereits früher gemachten Erfahrungen durchaus nicht zutrifft. Zunächst sind in § 165 unter Absatz 1, Ziffer 1, aufgeführten Personengruppen (Arbeiter, Gehilfen usw.) ja ohnehin schon versichert worden und nur die unter Ziffer 2, 3, 4, 5 und 7 a. a. D. bezeichneten Betriebsbeamten, Werkmeister, Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitgliedern, Lehrern und Erziehern usw. sind durch die Erweiterung der Versicherungsgrenze, soweit sich ihre Einnahmen auf über 2000 M. belaufen, erneut der Versicherung unterworfen. Ein Teil dieser Personen ist aber bereits jetzt versichert, da sie im Ueberschreiten der früher festgelegten Versicherungsgrenze die Versicherung freiwillig fortgesetzt haben. Ein weiterer nicht unerheblicher Teil gehört dem kaufmännischen Erwerbszweigen an und läßt sich auf Grund dieser Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zu den Ortskrankenkassen befreien. Dadurch ist der Mitgliederzuwachs nicht ein so erheblicher, wie vielfach in Kreisekreisen angenommen wird. Vielfach wird auch von der solchen Voraussetzung ausgegangen, daß auch die bis zur jetzt festgesetzten Versicherungsgrenze entzogenen Beamten des Staats und der Gemeinden der Versicherungspflicht unterworfen würden. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Diese bleiben auf Grund ihrer Anstellungsbedingungen nach wie vor versicherungsfrei. Die Annahme der Ärzte, daß ihnen aus den bisher nicht versicherungspflichtig bezeichneten Personengruppen der größte Teil der Privatpraxis entzogen werde, trifft deshalb nicht zu. Aber es sei noch darauf hingewiesen, daß die bisher nicht versicherten Personen die ärztliche Hilfe nur in den dringendsten Fällen in Anspruch nehmen und eher sich Mittel zur Behebung von Krankheitserscheinungen aus dem freien Handel

zu beschaffen suchen. Dagegen muß gesagt werden, daß die Versicherten auf Grund ihrer Beitragsleistung die ärztliche Hilfe weit eher in Anspruch nehmen. Durch die bestehende Versicherung dieser Personen wird den Ärzten demzufolge auch leichter eine Einnahmehemmnisse eröffnet, als wie dies bei Nichtversicherung dieser Personen der Fall wäre. Daß die Krankenkassen ein berechtigtes Interesse an einer engeren Verbindung mit den für sie tätigen Ärzten haben müssen, ist selbstverständlich und es muß den Krankenkassen ebenso überlassen bleiben, welche Ärzte und in welcher Form sie dieselben zur Kasstätigkeit zulassen wollen, wie ein Teil der Ärzte das Recht für sich in Anspruch nimmt, nicht mit Kasstämmlern zu tun zu haben, wie es teilweise namentlich von Rezipienten geschieht.

Neben der freien Arztwahl ist aber auch eine vielfache Erhöhung der unter dem Dezember 1919 vereinbarten Bezüge gefordert worden. Das ist eine Forderung, die nicht nachgegeben werden kann. Im einzelnen gehen die Forderungen dahin, daß für eine Beratung in der Wohnung des Arztes 8 M., für einen Besuch in der Wohnung des Erkrankten 12 M. verlangt werden, wozu unter Umständen noch Vergütung für Fortkommen und Zeitaufwand geleistet werden muß. Dabei hat man ferner die Zahl der Leistungen für einen Krankheitsfall auf 5 in einem Vierteljahr erhöht, während jetzt im Durchschnitt 4 Leistungen auf einen Krankheitsfall bis zu 28 Wochen kamen. Dabei ist zum Ausdruck gekommen, daß ein Arzt mehr als 60 Leistungen an einem Tage nicht bezahlt erhalten soll. Für Sonderleistungen wird ein 50prozentiger Aufschlag zu den Sätzen der Gebührenordnung des Leipziger Verbandes gefordert.

Was die Wirkung einer solchen Forderung bedeutet, mag aus folgendem ersichtlich sein.

Nach dem in Dresden bestehenden Kräfteverhältnis bezogen die zugelassenen Ärzte unter Berücksichtigung des Umlanges ihres Bezirkes bzw. dem Umlange ihrer Tätigkeit jetzt bis zu 24 000 M. Jahreshonorar, das pensionfähig ist. Bei den Allgemeinärzten kommen auf einen Krankheitsfall 33, bei Fachärzten 19 Leistungen. Möchte man nach dem Umlange ihrer bisherigen Tätigkeit eine Vergütung nach den geforderten Sätzen einführen, so würden bei Allgemeinärzten Honorare bis zu 70 000 M. und bei Fachärzten solche bis zu 96 000 M. zu zahlen sein, in denen die Vergütungen für Sonderleistungen (Nachkonzultationen, Nachbesuche, Geburtsbefehle, Operationsbefehle usw.) nicht mit enthalten sind. Bei den angeführten Honoraren entfallen im Durchschnitt täglich nur 27 bzw. 40 Leistungen. Bei den Landärzten, die an und für sich wohl ausgedehntere aber mit Mitgliedern weniger bewohnte Bezirke haben, würden sich die Honorare bei täglich 20 Leistungen auf 52 000 M. erhöhen. Hierzu würden aber noch die ganz wesentlich erhöhten Vergütungen für Fortkommen und die Kosten für Zeitaufwand kommen, abgesehen von den Vergütungen für Sonderleistungen. Zu beachten ist hierbei, daß bei den Stadtbezirksärzten auf 100 Leistungen 12 Besuche in der Wohnung der Patienten und 88 Beratungen in der Sprechstunde des Arztes entfallen, bei den Landärzten dagegen 18 Besuche und 82 Beratungen. Daß bei Einführung der freien Arztwahl sich die Zahl der Leistungen wesentlich erhöhen wird, bedarf keines Beweises, denn schon durch die Erhöhung der Einzelleistungen pro Krankheitsfall würde dies eintreten. Wenn z. B. Ärzte bis zur Höchstgrenze der für die Krankenkassen pro Tag festgesetzten Leistungen gehen, so würden Jahreshonorare in Höhe von 150 000 M. zu zahlen sein, wobei die Ärzte Sonntags noch nicht einmal für die Kasstätigkeit zu sein brauchen und die Vergütungen für Sonderleistungen noch außerdem erhalten. Durch die Vermehrung derartig hoher Aufwendungen für ärztliche Versorgung der Mitglieder würden die Krankenkassen in die größten Schwierigkeiten geraten, und durch Erhöhung der Beiträge könnte man zu sein Ansicht kommen, daß dadurch die Krankenkassen überflüssig würde. Aber auch für die Versicherten selbst bedeutet das eine nicht zu unterschätzende Gefahr ihrer Ansprüche an die Kasstäten, denn die Kasstäten würden nicht mehr in der Lage sein, ihren Mitgliedern Familienhilfe oder erhöhte Leistungen an Krankengeld, Sterbegeld, Heilungskosten usw. zu gewähren. Damit würde aber gerade ein wichtiger Teil der Aufgaben der Krankenkassen ausfallen.

Zur Behebung dieser Streitigkeiten ist deshalb von den Kassenverbänden die Entscheidung durch ein paritätisch besetztes Schiedsgericht unter dem Vorbehalt des Reichsarbeitsministers vorgeschlagen worden und es ist abzuwarten, welchen Verlauf die weiteren Verhandlungen nehmen werden.

ben. Das eine mag jedoch schon jetzt zum Ausdruck gebracht sein, daß es die Kassenverbände nicht verantworten können, die Aufgaben der reichsgerichtlichen Krankenkassenversicherung den Ärzten preiszugeben und aus der Versicherung des erwerbstätigen Volkes eine Versicherung zur Versorgung der Ärzte zu machen. Die Kassenverbände haben die ihnen anvertrauten Kommittees mit derselben Bewusstseinshaftigkeit und Verantwortlichkeit auszuführen, wie dies bei Vorkäufern ihren Mandateln gegenüber der Fall ist und sie werden nicht unterlassen, was sie in der Anwendung solcher Forderungen nicht anzuwenden in der Lage sind. Sie glauben dabei den Versicherten am besten dienen zu können, indem sie ihnen die wohlverworbenen Ansprüche schütten und nicht zugunsten der Ärzte die Rechte der Versicherten preisgeben. Bestehen die Krankenkassen und der durch sie geschaffenen Verbände ist es jederzeit gewesen, mit den Ärzten in bestem Einvernehmen zu stehen und ihnen das zuzusprechen, worauf sie einen berechtigten Anspruch haben. Es würde deshalb auch von keiner Seite mehr bedauert werden, als von der der Vorstände der Krankenkassen, wenn durch das jetzige Verhalten der Ärzteschaft ein nicht wieder zu behebender Bruch eintreten würde. Die Krankenkassen haben jederzeit die Tätigkeit der Ärzte anerkannt und sie sind auch jetzt nicht abgeneigt, in Verhandlungen über Honorarerböhrungen einzutreten, sie können sich aber nicht insofern binden, daß sie von einem von der Ärzteschaft aufgedrängten Arztssystem nur stillschweigend Kenntnis nehmen. Die Krankenkassen haben ein Recht darauf, freie Verträge abzuschließen, vor allem Einzelverträge, ohne an Kollektivverträge gebunden zu sein. Dieses Recht werden die Krankenkassen auch weiterhin für sich in Anspruch nehmen und sich nicht auf eine Bahn drängen lassen, die ihren Lebensnotwendigkeiten nicht entspricht. Möge auch hier die Einsicht der Versicherten und das Vertrauen dieser den Vorständen gegenüber abzuwachen, damit die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß gelangen, ohne daß dadurch eine Schwächung ihrer Ansprüche, ein Aufgeben bestehender Rechte eingetreten braucht. Von der Gesetzgebung muß aber hierbei gefordert werden, daß sie die von ihr geschaffenen Rechte auch schützt und nicht die Arbeiterkassengebung dadurch illusorisch macht, indem sie die Krankenkassen zum willkürlichen Wechsel der Ärzteschaft ausliefert.

### Sächsische Angelegenheiten

#### Ortschutz statt Einwohnerwehren

Dem Verlangen der Entente nachkommend, hat die Regierung die Einführung der Einwohnerwehren bis zum 30. Juni 1920 verfügt, gleichzeitig aber, angelehnt an die noch immer bestehenden Gefährdung der staatlichen und persönlichen Sicherheit und der unzureichenden staatlichen Mittel eine freiwillige Organisation der auf dem Boden verfassungsmäßiger Ordnung bestehenden Bevölkerung zum Schutze von Leben und Eigentum genehmigt. Diese Organisation erhält die Bezeichnung „Ortschutz“. Die vom Ministerium des Innern für diese Organisation herausgegebenen Richtlinien sind in der Hauptsache folgende:

1. An Stelle der Einwohnerwehren kann in Ergänzung und Unterstützung der Ortschutz in allen Gemeinden eine Organisation Freiwilliger zum Schutze von Leben und Eigentum gebildet werden, der in landwirtschaftlichen Gemeinden besonders der Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und ihrer Erhaltung obliegt.
2. Diese Organisation, „Ortschutz“ genannt, ist eine auf Selbstverwaltung ausgebaute Einrichtung der Gemeinden. Die Regierung übt durch ihre Verwaltungsbehörden lediglich ein Aufsichtsrecht aus.
3. Die Mitgliedschaft kann jeder unbefristete Ortsbewohner erwerben, der das 24. Lebensjahr vollendet hat, körperlich kräftig ist und auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung steht.
4. Der Ortschutz ist nur nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfs auf Beschluß der Gemeindevertretung zu bilden. Dieser Beschluß bedarf der Genehmigung durch die Kreishauptmannschaft. Die Verwaltung ist das Ministerium des Innern.
5. In jeder Gemeinde, die einen Ortschutz bildet, ist ein Vertrauensausschuß aus allen Bevölkerungsteilen zu bilden, der ehrenamtlich tätig ist und bei Lösung aller organisatorischen Fragen den gewählten Führer des Ortschutzes berät.
6. Der Ortschutz ist ein freiwilliges Sicherheitsorgan der Gemeindebehörden, die seine Verwendung mit Zustimmung der Amtshauptmannschaft regelt.
7. Die Mitgliederzahl bildet im Rahmen des tatsächlichen Bedarfs uneingeschränkt.

Der Dienst im Ortschutz ist unentgeltlich, jedoch werden entgangener Arbeitsverdienst und besondere Aufwendungen durch die Gemeinde entschädigt.

„Aber wie ich mich erinnere, hat mir doch Ihr Väter geschrieben, man hat es Ihnen gestohlen.“

„Er selbst“, erwiderte er da heftig, „hat es gestohlen — wie ich krank war — ich kann nichts dafür.“

„So —“, erwiderte sie gedehnt. „Nun, hier haben Sie neues, man kann ohne Geld nichts sein. Redmen Sie, und seien Sie nicht unvernünftig, das kleine Kunstwerk, das Sie mir gegeben haben, ist mehr wert.“

Und damit gab sie ihm die Börse, die sie schon lange vorbereitet hatte.

Als er sie aber verlegen genommen hatte, trat Frau Winter wieder ein, und sie grüßte sich.

„Was, dann ist alles klar. — Frau Winter wird Ihnen alles Nähere sagen. Auf Wiedersehen in der Freiheit!“

Sie maß ihm mit einem durchdringenden Blick und ging dann, ohne ihm die Hand gegeben zu haben.

„Sie war immer eine gute Dame“, sagte Frau Winter und betrachtete den Gefangenen mit Mitleid. „Nur manchmal ist sie eigen. Sie hat es gut vor mit Ihnen, machen Sie sich nur fertig. — Sie werden schon sehen. Ein Atelier hat sie Ihnen eingerichtet, das hat noch keiner von meinen Vätern gehabt. Sie haben aber auch etwas los, das sieht man gleich an den Figuren, die sind nobel.“

Aber nun befreite sich der Gefangene von der merkwürdigen Befangenheit, die ihn ergriffen gehabt hatte, und war nur von dem Gedanken besessen, frei zu sein.

Er hürzte davon, ließ sich kein früheres Gewand geben, hörte eine kleine Rede des Regierungsrates an, der ihn lobte, ihm alles Gute für die Zukunft wünschte, und empfahl, seinen Gönnern Dankbarkeit zu beweisen. Scherzend meinte er, am Ende, wenn er einmal der 5. hümte Mann sein werde, möge er ihn auch nicht vergessen.

Dann überlegte er sich, wem er Abschied sagen wollte. Der Wäcker war schon längst fort und diente in Augsburg als Dragoner, den Bayern, der seine Frau im Horn erschlagen hatte, fand er nicht, nur der Troubadour gab ihm, als er im Arbeitsaal seine Sachen zusammenpackte, einen Bittel zum Besorgen mit. Die andern neigten die Köpfe, als er ihnen Abschied sagte, und schwiegen.

Der Wäcker war aufgeregt beim Abschied und wollte wissen, was die Baronin gesagt habe.

„Sie meint“, erwiderte er da rasch, „du habest das Geld gestohlen.“

Da wurde der Mann kalt und antwortete: „Nah, Sie, in

### Der Wildschütz

Vroman von Hermann Horn

Nachdem er damit fertig war, sagte er: „Ich möchte die Frau Baronin bitten, das als ein kleines Geschenk von mir anzunehmen.“

„Ach so“, sagte sie und betrachtete das Schützwerk durch ihre Lupe. „Das kann ich nicht annehmen, Herr Bauer, aber es ist wirklich sehr nett.“

„Aber nein, das müssen Sie schon, Frau Baronin“, erwiderte er eifrig, bis sie die Lupe abnahm und damit abweisend durch die Luft fuhr.

„Nara, Sie sind vielleicht so gut und tragen dies Kunstwerk vorzüglich in die Droschke.“

„Wir wollen jetzt ernsthaft über Ihre Zukunft reden“, begann sie, als Frau Winter gegangen war. „Die Begünstigung durch den König ist da, Sie können heute schon das Befängnis verlassen.“

Als sie der Gefangene ohne ein Wort herbeizubringen ankam, redete sie fast streng und kalt weiter. „Ich nehme an, daß Ihre Lebensreise Sie gelehrt haben, vieles anders aufzufassen als früher. Was Sie damals getan, um Ihr Seelenheil zu retten, war eine schöne Tat, aber es war eine Torheit. Ich glaube auch, wenn ich recht unterrichtet bin, nicht, daß Sie die Absicht haben, wie Vater Aurelian einmal dachte, Millionär zu werden.“

„Nein“, antwortete Kober Bauer rasch und sah sie atemlos an.

„Schön. — Und das mit der Heirat des Mädchens, wovon mir Vater Aurelian erzählte, halte ich auch für einen Unfug unter den neuen Verhältnissen, in die Sie jetzt kommen werden.“

„Ne“, erwiderte er, und sah sie fast ängstlich an.

„Wie, Sie wollen sie doch heiraten?“

„Nein“, erwiderte er schnell, „gewiß nicht.“

„Es würde Ihnen auch nur schaden. — Die Frau, die eben wegging, wird Sie mit noch Hause nehmen, sie hat ein Atelier, das Ihnen gehört, und wird sofort mit Ihnen zu einem Schneider fahren, der Ihnen Anzüge anmisst, wie Sie sie brauchen. Morgen werde ich Sie dann jenem Professor vorstellen, bei dem Sie Stunden nehmen sollen. — Sagen Sie noch Geld?“

Sie erwiderte der Gefangene, der aufmerksam zugehört hatte, und sagte schnell: „Ja — ich —“

„Aber wie ich mich erinnere, hat mir doch Ihr Väter geschrieben, man hat es Ihnen gestohlen.“

„Er selbst“, erwiderte er da heftig, „hat es gestohlen — wie ich krank war — ich kann nichts dafür.“

„So —“, erwiderte sie gedehnt. „Nun, hier haben Sie neues, man kann ohne Geld nichts sein. Redmen Sie, und seien Sie nicht unvernünftig, das kleine Kunstwerk, das Sie mir gegeben haben, ist mehr wert.“

Und damit gab sie ihm die Börse, die sie schon lange vorbereitet hatte.

Als er sie aber verlegen genommen hatte, trat Frau Winter wieder ein, und sie grüßte sich.

„Was, dann ist alles klar. — Frau Winter wird Ihnen alles Nähere sagen. Auf Wiedersehen in der Freiheit!“

Sie maß ihm mit einem durchdringenden Blick und ging dann, ohne ihm die Hand gegeben zu haben.

„Sie war immer eine gute Dame“, sagte Frau Winter und betrachtete den Gefangenen mit Mitleid. „Nur manchmal ist sie eigen. Sie hat es gut vor mit Ihnen, machen Sie sich nur fertig. — Sie werden schon sehen. Ein Atelier hat sie Ihnen eingerichtet, das hat noch keiner von meinen Vätern gehabt. Sie haben aber auch etwas los, das sieht man gleich an den Figuren, die sind nobel.“

Aber nun befreite sich der Gefangene von der merkwürdigen Befangenheit, die ihn ergriffen gehabt hatte, und war nur von dem Gedanken besessen, frei zu sein.

Er hürzte davon, ließ sich kein früheres Gewand geben, hörte eine kleine Rede des Regierungsrates an, der ihn lobte, ihm alles Gute für die Zukunft wünschte, und empfahl, seinen Gönnern Dankbarkeit zu beweisen. Scherzend meinte er, am Ende, wenn er einmal der 5. hümte Mann sein werde, möge er ihn auch nicht vergessen.

Dann überlegte er sich, wem er Abschied sagen wollte. Der Wäcker war schon längst fort und diente in Augsburg als Dragoner, den Bayern, der seine Frau im Horn erschlagen hatte, fand er nicht, nur der Troubadour gab ihm, als er im Arbeitsaal seine Sachen zusammenpackte, einen Bittel zum Besorgen mit. Die andern neigten die Köpfe, als er ihnen Abschied sagte, und schwiegen.

Der Wäcker war aufgeregt beim Abschied und wollte wissen, was die Baronin gesagt habe.

„Sie meint“, erwiderte er da rasch, „du habest das Geld gestohlen.“

Da wurde der Mann kalt und antwortete: „Nah, Sie, in











